Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

weisen, wie diese ihre fähigsten Köpfe auf Klassenegoismus dressierte. Weil keine wirkliche Führerschaft da war, war die Revolution von 1918 faul, und brach der morsche Stamm, als die Axt an ihn gelegt wurde.

Dieser gleiche Riemkasten hat aber auch ein bezauberndes Buch über ein Kind geschrieben: „Alle Tage Gloria, 30 Geschichten aus dem glückseligen Leben des Kindes Mannanne". Und weil es doch so viele „entzückte junge Eltern" gibt, für die doch justament das Buch verfaßt wurde und weil man ohne es, nur die politischen Romane im Kopf, das Wesen des Autors niemals richtig erfassen könnte, dessen ganzes Werk eigentlich nur ein Kampf aus Liebe ist, sei an anderer Stelle dieses Heftes auch noch für alle, die aus dem Herzen leben, eine Leseprobe aus „Gloria" wiedergegeben.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Zwiespältige Finanzpolitik. / Fronten und Parteien.

Zwei Probleme stehen zur Zeit im Vordergrunde der schweizerischen Innenpolitik: die „Fronten" und das Defizit. Welches von beiden den eidgenössischen Politikern mehr Sorge mache, ist schwer zu entscheiden.

Über die Pläne des Bundesrates, den Fehlbetrag der eidgenössischen Staatsrechnung zu decken, ist an dieser Stelle im März bereits berichtet worden. Seither hat sich die Lage keineswegs verbessert. Im Gegenteil. Man rechnet mit einem wesentlich höheren Ausfall, als damals, mindestens aber mit 100 Millionen Franken für das laufende Jahr. Und die Hoffnungen, in absehbarer Zeit aus dieser Bedrängnis herauszukommen, sind wahrlich gering. In der Frühjahrssession der Bundesversammlung sprach man zwar viel vom Sparen. Gleichzeitig aber wurden für zahlreiche Hilfsaktionen beträchtliche neue Ausgaben beschlossen. Für die Rettung der Genfer Diskontobank wurden weitere 20 Millionen Franken bewilligt. Über fünfzig Millionen Franken sind damit schon in dieses eine Loch versickert. 29 Millionen Franken kostet eine Milchpreisaktion. Von den übrigen Stützungs- und Hilfsaktionen für die Landwirtschaft, bedrängte Industrien und Gewerbe wollen wir hier gar nicht reden. Wohl aber scheint uns eine Frage am Platz: Krankt die eidgenössische Finanzpolitik nicht an einem tiefgehenden innern Widerspruch? Beide Maßnahmen, die Einsparungen wie die neuen Ausgaben, wurden von den gleichen Parlamentariern als unvermeidlich und notwendig bezeichnet. Gewiß lassen sich die einzelnen Beschlüsse immer mit zutreffenden Erwägungen rechtfertigen. Das hilft uns aber nicht über den innern Zwiespalt dieser Politik hinweg, deren Wesen Halbheit ist. Unsere Politiker denken und handeln ganz offenbar nach zwei verschiedenen Systemen, je nachdem es sich um die Einnahmen- oder die Ausgabenseite der Staatsrechnung handelt. Auf der Einnahmenseite regiert noch der alte liberale Gedanke. Über sein Einkommen soll der Einzelne nach Möglichkeit frei verfügen und dem Staate so wenig als möglich geben. Steuern waren zu allen Zeiten nie beliebt. Auf der Ausgabenseite aber ist der Staatssozialismus im Vormarsch. Die Gewinne will zwar niemand sozialisieren, wohl aber die Verluste. Kracht eine Bank, droht einem Betriebe Arbeitseinstellung, gehen die

Preise zurück, gleich heißt es: der Staat soll dem Schwachen helfen! Und jene, denen die Steuerkasse am fernsten war, drängen sich am nächsten an die Staatskrippe heran.

Diese Zwiespältigkeit hindert heute jede durchgreifende und umfassende Aktion. Seit langem schon wird von allen Seiten nach einem umfassenden Finanzprogramm gerufen. Einzelne Persönlichkeiten, vor allem Bundesrat Musy in seinen Budgetreden, haben ein solches entwickelt. Die politischen Tageskämpfe aber gehen stets nur um einzelne Stellungen. Das ist bedauerlich, denn die klassenmäßige Spaltung unseres Volkes wird dadurch weiterhin gefördert. In den Tagen, in denen dieser Aufsatz erscheint, wird der Volksentscheid über den Lohnabbau der Bundesbeamten fallen. Der Kampf um diese Vorlage wird von beiden Seiten mit allen propagandistischen Mitteln und dem Einsatz aller Kräfte geführt. Es ist ein Interessenkampf, der vielleicht hätte vermieden werden und dem mindestens etwas von seiner volkszersetzenden Wirkung hätte genommen werden können, wenn die fragliche Abstimmungsvorlage nicht aus dem Zusammenhange herausgerissen worden wäre, sondern als Teil eines umfassenden Finanzprogrammes betrachtet werden könnte, das von jedem Volksgenossen und nicht nur von einer bestimmten Klasse ein Krisenopfer fordert.

Diese Einwände werden nicht nur hier erhoben. Sie wurden auch schon an anderen Stellen laut. Es fehlt auch unter den tätigen Parteipolitikern nicht an Leuten, die kritisch auf diese Zustände und Gefahren hingewiesen haben. Dennoch vermochten sie keine Wandlung zu schaffen. Warum?

* * *

Die innere Zwiespältigkeit und Richtungslosigkeit unserer Finanzpolitik, das ewige Hin und Her zwischen einem längst durchlöcherten Liberalismus und einem stümperhaften Staatssozialismus, diese ewige Wirtschaft der Kompromisse ist wohl nur ein Ausschnitt aus der gegenwärtigen innenpolitischen und geistigen Lage unseres Landes überhaupt. Paul Lang hat in seinem Buche „Tote oder lebendige Schweiz" (Verlag Rascher & Cie., Zürich 1932) eindrücklich darauf hingewiesen, daß wir uns politisch in einem Zeitalter der Mechanik, der geistigen Erstarrung befinden. Niemand hätte aber vor annähernd zwei Jahren, als die erwähnte Schrift erschien, geglaubt, daß der nächste Zeitabschnitt organischer Neubelebung unserer Innenpolitik so nahe sei, wie wir es heute erleben.

Seit zwei Monaten hat sich das innenpolitische Gesicht der Schweiz gewandelt. Ein neues Element ist in die aktive Politik eingetreten: die „Fronten". Unsern Lesern sind diese Bewegungen nicht fremd. Die Monatshefte haben sie seit Jahren verfolgt und wir brauchen die einzelnen Gruppen hier nicht erst einzeln vorzustellen.

Der Aufschwung der nationalen Bewegung, den wir bereits im Aprilheft erwähnten, kommt nicht von ungefähr. Wohl wird man zugeben müssen, daß die Vorgänge in Deutschland auf weite Kreise in unserem Lande suggestiv wirken. Nationalsozialismus und Faschismus haben den Völkern gezeigt, daß die Kraft des Marxismus gebrochen werden kann, wenn der Wille dazu wirklich vorhanden ist. Ihr Beispiel hätte aber nie diese Wirkung gehabt, wenn die geistigen Grundlagen für einen neuen nationalen Aufbau nicht längst auch in unserm Lande gelegt und das Bedürfnis nach einem solchen längst vorhanden gewesen wäre, ehe die äußern Ereignisse den Anstoß zu der jüngsten Entwicklung gaben. Was heute jedem sichtbar wird, hat sich seit langem in der Stille vorbereitet. Schon vor drei Jahren, im Juli 1930, haben wir in dieser Zeitschrift die kommende Entwicklung mit folgenden Worten umrissen: „Eine neue Front ist im Werden. Unsere Politiker wagen sie noch kaum zu ahnen. Ihre Trabanten, die Parteiblätter, können sie weder verstehen noch fassen. Sie kann in den bekannten Gegensatz rechts-links nicht eingeordnet werden. Sie steht senkrecht zu diesem und durchschneidet ihn auf der ganzen

Länge." Dieser eine Hinweis sei hier gestattet, um einmal jenen Kritikern zu entgegnen, die der gegenwärtigen politischen Entwicklung mit den blöden Schlagworten „ausländische Importware" und „Konjunkturpolitik" glauben begegnen zu können.

Man hat die „Fronten" lange Zeit nicht recht ernst genommen. Man glaubte, es handle sich um die Äußerungen einiger volksfremder Intellektuellen und wiegte sich in dem ganz unbegreiflichen Gefühl, es werde in der Schweiz nie mehr zu einer grundsätzlichen Neugestaltung der politischen Formen und Parteien kommen. Als ob diese für die Ewigkeit geschaffen worden wären!

Die letzten Wochen haben die Träumer eines anderen belehrt. Die Massenversammlungen des „Kampfbundes der Neuen und Nationalen Front" in Zürich" und der „Union Nationale" in Genf, die von annähernd 3000 bezw. 2000 Personen besucht waren und wo wohl ebensoviele Besucher abgewiesen werden mußten, die warme Aufnahme, die Oberstdivisionär Sonderegger, Georges Oltramare, der Schreibende und andere in diesen Kundgebungen fanden, das lawinenartige Anwachsen dieser und anderer, in den Grundzügen gleichgerichteter Gruppen (Eidgenössische Front, Heimatwehr rc.), all das hat wohl eindeutig gezeigt, daß diese Bewegung einem tiefen Bedürfnis entspricht.

Die Rückwirkungen blieben nicht aus.

Im roten Lager herrscht offenbare Rat- und Mutlosigkeit. Noch vor drei Monaten wurde ein öffentlicher Vortrag von Bundesrat Minger über Volk und Armee als „schwere Provokation" hingestellt. Man drohte bei jeder Gelegenheit mit Protestaktionen und Demonstrationen. Heute läßt man an den meisten Orten die „Faschisten" gewähren. Lediglich in Schaffhausen versuchte die K. P. O. (Kommunistische Partei-Opposition), nationale Kundgebungen gewaltsam, doch ohne Erfolg, zu stören. Nun verschanzt man sich hinter der früher so viel geschmähten Demokratie und hat die Fahne der Revolution vorerst auf Halbmast gesetzt.

Den bürgerlichen Parteien hat die nationale Bewegung in nationalen Fragen sichtlich den Rücken gestärkt. Man fängt an, an dieser und jener Stelle zu begreifen, daß Langmut und Duldsamkeit gegenüber den ständigen Angriffen auf unsere Wehrkraft und unseren Staat schlecht angebracht waren und rafft sich zum Gegenstoße auf. So wird z. B. im Kanton Zürich zur Zeit von der freisinnig-demokratischen Partei für eine Volksinitiative geworben, die die Entfernung der Mitglieder revolutionärer Parteien (Kommunisten) aus dem Staatsdienste verlangt.

Der Versuch der bürgerlichen Parteien, sich durch solche Maßnahmen den neuen Strömungen anzupassen, ist offensichtlich. Sie haben wohl auch aus diesem Grunde in den meisten Fällen gegenüber den neuen Bewegungen zunächst eine zurückhaltende und abwartende Stellung eingenommen. Diese Methode wird sie jedoch kaum zum Ziele führen. Sie genügt ebensowenig, wie die oben beschriebene nationale Schwenkung. Sie trifft den Kern der nationalen Bewegung nicht, die in der Schweiz vielleicht noch mehr als in andern Staaten, ihren Schwerpunkt auf das Soziale und die entschiedene Gegnerschaft zu allen materialistischen Strömungen richten muß und richten wird.

Man scheint in den allerletzten Tagen nun auch erkannt zu haben, daß die bisherige abwartende und nachahmende Haltung den historischen Parteien nicht zu helfen vermag und geht zum Gegenangriff über. Als erstes kam das Uniformverbot des Bundesrates für die Angehörigen politischer Vereinigungen. Eine Maßnahme, die kaum die Wirkungen zeitigen wird, die man davon erhofft. Sie erfolgte angeblich zum Schutze der Demokratie. Da aber nach der Meinung vieler Schweizer die Wahl des Hemdenstoffes auch zu unsern Freiheitsrechten gehört, läuft der Bundesrat Gefahr, ungewollt an Stelle des alten Geßlerhutes ein Geßlerhemd auf die Stange zu stecken. Dazu kommt, daß man die kommunistischen Parteiorganisationen und sozialistischen Jugendbünde, in denen alles andere als die

Liebe zu unserem Volksstaate gepredigt wurde, seit einem Jahrzehnt und auch noch am 1. Mai 1933 uniformiert in den Straßen herumlaufen ließ, während man den Anhängern der nationalen Bewegung dies schon beim ersten Versuche verbietet. Wird da nicht mit ungleichen Ellen gemessen? Fürchtet man, die Anhänger der nationalen Bewegung möchten ihren Widersachern einmal allzu handgreiflich beibringen, daß in einem Volksstaate nur dem ein Recht zukommen soll, in staatlichen Angelegenheiten mitzureden und sich auf die Volksrechte zu berufen, der sich auch zu unserem Volk und Staate bekennt? Es sieht beinahe darnach aus, als ob sich der Bundesrat beim Erlaß dieses wohl recht voreiligen Verbotes noch von andern, als den „offiziellen" Erwägungen habe leiten lassen, dem Gedanken nämlich, es möchte in den grauen Hemden nach und nach eine Macht heranwachsen, der die Regierung, oder genauer gesagt, die heute herrschenden Parteien einmal nicht mehr Herr würden. Diese Überlegung war wohl richtig. Doch der Schluß ist falsch. Wenn die neue nationale Bewegung sich durchsetzt, so wird sie es auch ohne graue Hemden tun.

Setzt sich die nationale Bewegung durch, und wenn ja, auf wessen Kosten? Das ist die Frage, um die es letztlich geht. Es ist klar, daß die neuen Gruppen eines Tages den Parteien ihren Platz an der politischen Sonne streitig machen. Sie mögen sich noch so dagegen sträuben, selbst Partei zu werden. Sie müssen es und können es ohne Schaden tun, solange sie gleichzeitig auch Bewegung, d. h. Ausdruck einer ursprünglichen, im Volke verwurzelten, umfassenden geistigen Strömung sind. Welches sind in diesem Falle die Leidtragenden? Zunächst wohl die bürgerlichen Parteien liberaler Richtung. Aus ihren Rekrutierungskreisen, dann aber auch aus der Arbeiterschaft, strömen der Bewegung heute die meisten Kräfte zu. Darum sind es auch in erster Linie die liberalen und marxistischen Parteien und Blätter, die gegen die neuen Bewegungen Sturm laufen. Die Konservativen dagegen sehen dieser Entwicklung geruhsamer zu. Einzelne ihrer Programmpunkte decken sich mit jenen der nationalen Bewegung (korporative Ordnung u. a.), von der sie daher weit weniger glauben befürchten zu müssen, als die liberalen und marxistischen Parteien.

So eröffnen sich denn für die innenpolitische Gestaltung neue Aussichten. Aus den geistigen Fronten werden bis zum Herbst dieses Jahres wohl auch parteipolitische Fronten werden. Damit beginnt auch bei uns eine Auseinandersetzung, wie sie in Deutschland mit dem Sieg des Nationalsozialismus soeben ihren Abschluß gefunden hat. Da die Geschichte sich nie wiederholt und auch die historischen Bedingungen in Deutschland und der Schweiz nicht die gleichen sind, kann der Verlauf dieses Kampfes heute keineswegs bestimmt vorausgesagt werden. Noch stehen den alten Parteien gewaltige Hilfsmittel zur Verfügung. Noch befindet sich fast die ganze Presse in ihren Händen. Allein die nationale Bewegung verfügt über eine unfehlbare Waffe. Sie hat die Jugend. Und das wird auf die Dauer entscheiden!

Zürich, den 17. Mai 1933.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Totale Krise. / Deutsche Revolution. / Außenpolitische Aktivität.

Wir leben in einer großen Zeit. Auf dem europäischen Kontinent fallen beinahe täglich Entscheidungen, wie sie sonst nur in Monaten oder Jahren fielen. Eine schwere Unruhe hat die Völker ergriffen, alles ist in Bewegung. Die Erschütterungen, denen der europäische Kulturorganismus unterliegt, sind deshalb ganz besonders tiefgreifend, weil sie nicht nur auf einer Ebene liegen. Sie sind

einerseits politisch bedingt durch die Zwangsjacke des Diktates von Versailles, in der Europa immer noch steckt und die jede gesunde Entwicklung der Völker sowie die organische Lösung der brennenden Fragen von vorneherein verunmöglicht. Andrerseits sind sie wirtschaftlich bedingt durch den andauernden Tempoverlust Europas im Wettlauf um die Weltmärkte. Und endlich sind sie kulturhistorisch bedingt durch den sich vor unsern Augen vollziehenden ungeheuren Umschwung im europäischen Geistesleben, der darin liegt, daß an Stelle des individualistischen, rationalistischen und relativistischen Denkens ein neuer Glaube an die Gemeinschaft, neue absolute Ordnungen treten. Dadurch, daß auf dem Gebiete der Politik, der Wirtschaft und des Geisteslebens die Spannung zwischen Altem und Neuem immer unerträglicher wird, nimmt die gegenwärtige Krise einen totalen Charakter an. Es ist in der Tat so, daß das gegenwärtige Geschehen nicht mehr nur politisch, nur wirtschaftlich oder nur kulturell verstanden werden kann. Nur die Zusammenschau bietet einigermaßen Gewähr dafür, daß erkannt wird, was wirklich geschieht. Unter diesem Gesichtspunkt aber ist das Beben, das bis heute spürbar wurde, nur das Vorzeichen für noch viel größere, kommende Erschütterungen.

* * *

Die deutsche Revolution nimmt ihren ehernen Gang. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die nationalsozialistische Partei zum entscheidenden, allein maßgebenden Faktor geworden ist. Wie ein Magnet zieht sie die bisher noch abseits stehenden Kräfte an und verschmilzt sie mit sich. Die Unterstellung des Stahlhelms unter die Führung Hitlers ist in dieser Beziehung ebenso symptomatisch wie diejenige der deutschen Bauernschaft. Wo der „Gleichschaltung" Hindernisse im Wege stehen, wie dies beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund der Fall war, hilft die Gewalt nach. Der Nationalsozialismus bildet das Eisenbetongerüst des neuen Staates und der neuen Gesellschaftsordnung. Er ist in dieser Funktion an die Seite der faschistischen Partei in Italien und der kommunistischen in Rußland getreten. In einem Aufsatz über das Thema „Partei und Staat" schrieb kürzlich Hitlers Pressechef:

„Um das Problem NSDAP. und Staat, das sowohl ein politisches wie ein soziologisches ist, zu verstehen, muß man den Aufbau der nationalsozialistischen Partei, ihre innere Struktur und das Gesetz ihrer Entwicklung kennen. Die nationalsozialistische Partei ist — und das unterscheidet sie fundamental von allen den absterbenden Parteien des liberalistisch-marxistischen Staates — ein organisches Gebilde. Sie ist ein in sich geschlossener Organismus, der aus einer Zelle entstanden ist und alle Lebensfunktionen des Staates bereits von Grund auf in sich selbst entwickelt hat. Wie die Idee des Nationalsozialismus eine Totalität ist, die dem deutschen Gedanken schlechthin entspricht und sein reinster und edelster Ausdruck ist, so ist die NSDAP. als die Organisation der Willensträger dieser Idee eine politische Einheit, die ihrer ganzen Struktur nach zum Staate in kein anderes Verhältnis treten kann als in das der Identität... Die nationalsozialistische Bewegung hat Volk und Staat wieder zusammengeführt, hat dem Staat wieder das Volk und dem Volk wieder den Staat gebracht. Sie selbst ist das lebendige Bindeglied, das in sich Staat und Volk erfaßt und damit ihre Einheit verbürgt. Wie die NSDAP. nicht neben dem Volke lebt, sondern aus ihm selbst herausgewachsen und zu seinem Repräsentanten geworden ist, so kann die NSDAP. auch nicht neben dem Staate leben, wenn dieser Staat von Dauer sein und Bestand haben soll. Hier muß die Entwicklung ihren Lauf nehmen."

Die hier skizzierte Stellung der nationalsozialistischen Partei im Staate ermöglichte die einschneidenden Maßnahmen, die in den letzten beiden Monaten in Deutschland getroffen wurden. Wohl die bedeutsamste war die Errichtung der Reichsstatthalterschaft in den verschiedenen Ländern, durch die mit einem Schlage dem Partikularismus der Todesstoß versetzt und das Reich organisatorisch

zu einer machtvollen Einheit zusammengeschweißt wurde. Ein Vorgang von ebenfalls weitreichendster Tragweite war die Übernahme der Freien Gewerkschaften durch den Nationalsozialismus. Psychologisch fabelhaft vorbereitet durch die Feier des 1. Mai, konnte dieser entscheidende Schlag gegen den Marxismus, der unter andern Umständen wohl schwere Unruhen ausgelöst hätte, ohne merkliche Erschütterung ausgeführt werden. Natürlich ist durch die Schaffung der „Deutschen Arbeitsfront" die soziale Frage noch nicht gelöst. Aber zum mindesten sind die psychologischen Voraussetzungen für die Eingliederung des Arbeiters in die Volksgemeinschaft geschaffen. Über den weiteren Ausbau schreibt der „Völk. Beobachter":

„Die ständische Gliederung und Vertretung des Volkes wird an die Stelle der demokratischen Massenparteien treten. Wo bisher der einzelne bei einer Abstimmung über Weltanschauungen und politische Systeme urteilen sollte, findet er in Zukunft seinen politischen Wirkungskreis in dem Verbande seiner Arbeitskameraden. In seinem Beruf, in dem Kreis seiner Pflichten und Aufgaben hat er zugleich politischen Anteil an dem Ganzen, das sich organisch aufbaut von den zahllosen Berufsverbänden der Gemeinden und Provinzen bis zur obersten Spitze einer gemeinsamen berufsständischen Vertretung aller schaffenden Deutschen."

So sind die Linien für die künftige Entwicklung vorgezeichnet. Freilich kann ein Problem durch den berufsständischen Aufbau des Staates nicht gelöst werden: die Arbeitslosigkeit. Hier müssen andere Mittel Platz greifen, wenn diese Krankheit am Volkskörper geheilt werden soll. Daß sie geheilt wird, ist Vorbedingung für den Bestand des gegenwärtigen Regimes; denn auch die mächtigste Diktatur würde auf die Dauer durch die Zentnerlast von 6 Millionen Arbeitslosen in den Strudel hinabgerissen werden. Eine großzügige Lösung der Frage wird wohl nur auf dem Wege der Siedlung möglich sein. Diese Siedlung dürfte im Osten vorgenommen werden, wo sie gleichzeitig den hochpolitischen Zweck erfüllen wird, einen völkischen Grenzwall gegen eine mögliche Invasion aus Polen und Rußland zu bilden. Freilich bedarf es zur Landbeschaffung für die Siedler unter diesem Himmelsstrich der Zerschlagung des Großgrundbesitzes. Darüber bestehen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen. Auf die Dauer wird sich Hugenberg als der Exponent der letzteren wohl kaum im Kabinett halten können. Bereits ist es zwischen seinem kapitalistischen und dem völkischen Denken der Nationalsozialisten über die Frage der Entschuldung der Landwirtschaft zu ernsten Differenzen gekommen, die über kurz oder lang zur Ausbootung Hugenbergs führen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands während der letzten beiden Monate eine gewaltige Konsolidierung erfahren haben. Wenn dabei Dinge geschehen sind, die für den Außenstehenden nicht verständlich sind, so muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das, was heute im Reich geschieht, nicht nur ein Staatsstreich oder eine vorübergehende, vielleicht sogar nur oberflächliche Änderung des Riegerungssystems bedeutet, sondern eine sich auf alle Lebensgebiete erstreckende Umwälzung, deren Ende gegenwärtig überhaupt noch nicht abzusehen ist. Gewaltige irrationale Kräfte sind ausgelöst worden, die nur unter größten Kraftanstrengungen einigermaßen im Zaum gehalten werden können. Die großen Bücherverbrennungen, die sich nur mit dem Bildersturm in der Reformationszeit in Parallele setzen lassen, sind ein Symptom dafür, daß die Wurzeln der gegenwärtigen Bewegung in Deutschland in Gründe hinabreichen, die dem an der Oberfläche haftenden Blick verborgen bleiben müssen.

* * *

In einer der letzten Rundschauen hatten wir der Meinung Ausdruck gegeben, daß in diesem Jahre die außenpolitische Aktivität der Mächte einen bedeutenden Umfang annehmen werde. Die Voraussage ist eingetroffen. Wir sind gegenwärtig

Zeugen eines internationalen politischen Kesseltreibens, wie es nur zu gewissen „Hausse"-Zeiten in der Außenpolitik der Mächte auftrat. Daß dabei ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit Platz greift, ist verständlich. Daß aber bereits da und dort mit dem Gedanken des Krieges gespielt wird, ist ein Zeichen für den furchtbaren Ernst der Lage.

„Ordnung Europas" ist nach wie vor das Problem, das alle schwebenden Fragen umfaßt. Einen Augenblick schien es, als ob der außenpolitische Vorstoß Mussolinis geeignet wäre, eine Entspannung herbeizuführen. Der von ihm vorgeschlagene Viermächtepakt hätte zum mindesten den Vorzug gehabt, daß er die Europa wirklich beherrschenden Mächte an den grünen Tisch gebracht und ihre Verantwortung für das Ganze urbi et orbi zum Bewußtsein gebracht hätte. Allein es hat nicht sollen sein. Die Kleine Entente vor allem war es, die alle Minen springen ließ, um das Projekt zum Scheitern zu bringen, was ihr denn auch — vorläufig wenigstens — gelungen ist.

Dann kam die Romreise der deutschen Minister, die eine Annäherung Deutschlands und Italiens anzubahnen und damit die Voraussetzung für eine gewisse Stabilisierung der europäischen Verhältnisse zu schaffen schien. Die Mission Papens und Görings scheiterte jedoch, weil in der österreichischen Frage keine Verständigung erzielt werden konnte. Das nationalsozialistische Deutschland und mit ihm der nationalsozialistische Teil der Bevölkerung Österreichs drängen zum Anschluß Österreichs an Deutschland. Dem Anschluß entgegen stehen die Verträge, die finanziellen und politischen Interessen Frankreichs und Italien. Die Belange Deutschlands und Italiens gehen seit dem Kriege in mancher Beziehung nach der gleichen Richtung, mit Bezug auf Österreich jedoch sind sie einander diametral entgegengesetzt. Italien hat kein Interesse am Anschluß Österreichs an das deutsche Reich, im Gegenteil. Sein Plan läuft, soviel sich feststellen läßt, auf die Einbeziehung Österreichs in die italienisch-ungarische Machtsphäre hinaus. Durch einen engeren österreichisch-ungarisch-italienischen Zusammenschluß würde die deutsche Südostpolitik abgeriegelt, ein neues Gleichgewicht im Donauraum gegenüber der Kleinen Entente gebildet und an der Nordgrenze des italienischen Imperiums ein militärisches Glacis geschaffen, das der italienischen Politik auch außerhalb dieses Raumes eine größere Bewegungsfreiheit verleihen würde. Göring und Papen mußten — zum mindesten was die Anschlußfrage betrifft — mit leeren Händen nach Deutschland zurückkehren, wenn auch andrerseits zweifellos die persönliche Fühlungnahme mit Mussolini für die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses beider Mächte zueinander in positivem Sinne gewertet werden kann. Daß die beiden deutschen Staatsmänner, insbesondere Herr von Papen, wichtige Besprechungen mit dem Papste hatten, sei lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt, ohne daß daraus im Augenblick weitere Folgerungen gezogen werden sollen.

Die internationale Abrüstungskonferenz, welche in Genf tagt, fällt von einer Agonie in die andere. Diejenige, die sie gegenwärtig durchmacht, scheint allerdings die schwerste aller bisherigen zu sein. Bricht die Konferenz auseinander, woran Frankreich, so wie die Dinge heute liegen, ein gewisses Interesse haben dürfte, so würde natürlich von der „Weltmeinung" Deutschland zum Sündenbock gestempelt werden. Die Vorbereitungen hiefür sind bereits getroffen, die Situation eine ähnliche wie zu Beginn des Weltkrieges. Sollte Deutschland nach einem eventuellen Bruch ungeachtet der Bestimmungen des Versailler Vertrages aufrüsten, so wäre damit nach den jüngsten Drohungen des englischen Kriegsministers die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe gerückt. Dies 14 Jahre nach Abschluß des Weltkrieges! Armes Europa...

Schaffhausen, 14. Mai 1933.

Rolf Henne.